

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

des Abgeordneten Kassegger  
und weiterer Abgeordneter  
betreffend **Türkis-Grün plant Riesenbudget für gemeinsame PR-Strategie**

**eingebraucht im Zuge der Debatte über den Tagesordnungspunkt 1, Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (484 und Zu 484 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Bundesfinanzrahmengesetz 2021 bis 2024 erlassen wird – BFRG 2021-2024 (485 d.B.), in der 67. Sitzung des Nationalrates, XXVII. GP, am 26. November 2020**

Anfang dieser Woche berichteten Medien, wie zum Beispiel der Standard, über namhafte Summen, die die Bundesregierung für Eigen-PR ausgeben will - bis zu 210 Millionen Euro für Regierungskampagnen.

*Regierungswerbung für 180 Millionen Euro, dazu 30 für Kreativleistungen von Agenturen. Zwei Ausschreibungen der Bundesbeschaffungsagentur stellen gewaltige Beträge in Aussicht – und sorgen für einigen Unmut beim Wahlvolk wie in der Opposition und für Staunen auch in der Werbewelt.*

*Das Maximalvolumen lässt sich aus dem Pandemiejahr 2020 ableiten: 20 bis 25 Millionen für "Schau auf dich" (ohne ORF, der gratis schaltete). Dazu regulär 20 Millionen Regierungswerbung. Ergibt 45 Millionen, mal vier: 180. 45 Millionen Euro sind aber mehr als das Doppelte der Regierungswerbung in Normaljahren vor 2020.*

*Die 30 Millionen Maximalvolumen für Kreativleistungen inkludieren alle Agenturleistungen einschließlich etwa Produktion, betonen Branchenkenner im Gespräch mit dem STANDARD.*

Vor dem Hintergrund der aktuellen Krisensituation sind diese geplanten Ausgaben völlig unverständlich. Daher stellen unterfertigte Abgeordnete folgenden

### ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, für ihre eigene Bewerbung kein Steuergeld zu verschwenden und die Ausschreibungen der in Aussicht genommenen PR-Aufträge zu widerrufen.“

